



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Florian Ritter, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Stefan Schuster, Martina Fehlner, Christian Flisek, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Margit Wild** und Fraktion (SPD)

### Haushaltsplan 2023;

**hier: Verstärkung der Information und Aufklärung über Hilfen bei Verfolgung durch iranische Behörden in Bayern  
(Kap. 03 12 Tit. 531 52 und Tit. 531 54)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 03 12 (Integration von Zuwanderern und weiterer Integrationsbedürftiger sowie Beratung und Betreuung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern) wird der Ansatz in der TG 52 (Integration von dauerhaft und rechtmäßig in Bayern lebenden Zuwanderern sowie von weiteren Integrationsbedürftigen) im Tit. 531 52 (Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation) und in der TG 54 - 56 (Beratung und Betreuung von Asylbewerbern, sonstigen Ausländern und bleibeberechtigten Zuwanderern) der Ansatz im Tit. 531 54 (Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation) jeweils von 0 Euro um 50,0 Tsd. Euro auf 50,0 Tsd. Euro erhöht, damit insgesamt 100,0 Tsd. Euro zur Verfügung stehen. Die Ansätze sind gegenseitig deckungsfähig.

### Begründung:

Am Samstag, den 12.11.2022 haben rund 4 000 Menschen auf dem Münchner Königsplatz demonstriert, um sich mit der iranischen Freiheitsbewegung zu solidarisieren. Ein Bündnis der „Woman-Life-Freedom“-Initiativen aus München, Stuttgart, Nürnberg, Erlangen, Ravensburg und Ulm hatte zu der Protestaktion aufgerufen, um die protestierenden Iranerinnen und Iraner im Iran zu unterstützen. Am Samstag, den 19.11. 2022 gingen unter dem Motto „Woman.Life.Freedom.Munich“ erneut Tausende Menschen in München auf die Straße und formulierten politische Forderungen.

Der Protest stand auch in Gedenken an die nur 22 Jahre alt gewordenen Jina Mahsa Amini, die im Gewahrsam der sogenannten „Sittenpolizei“ am 16. September mutmaßlich ermordet wurde. Ihr brutal herbeigeführter Tod war Auslöser für die größten Proteste in der Islamischen Republik Iran seit vielen Jahren. Die Demonstrationen auf dem Münchner Königsplatz fügt sich ein in eine Reihe von Solidarisierungskundgebungen mit den Protestierenden im Iran. Auch in Berlin beispielsweise kamen zahlreiche Menschen zusammen, um für Gleichberechtigung, ein selbstbestimmtes Leben und politische Freiheiten – also für elementare Frauen- und Menschenrechte zu demonstrieren.

Im Zusammenhang mit den Protesten kam es leider auch hier in Deutschland zu Übergriffen. Vor etwa zwei Wochen wurde vor der iranischen Botschaft in Berlin eine Mahnwache von Unbekannten angegriffen. Bei der Auseinandersetzung zwischen den vier

anwesenden Aktivisten und den verummten Angreifern wurden drei Männer verletzt. Bei einem weiteren Vorfall hat ein 26-jähriger Mann in Berlin Exil-Iraner angegriffen, die mit einem Zeltlager für Frauenrechte und Demokratie in ihrem Heimatland demonstrieren. Zwar wurde bei diesem Zwischenfall glücklicherweise niemand verletzt, die wahrgenommene Angst der Aktivistinnen und Aktivisten, der Demonstrierenden steigt jedoch an – auch hier hin Bayern.

Die Staatsregierung muss diese Bedrohungslage ernst nehmen und alle möglichen Maßnahmen ergreifen, um dem erhöhten Schutzbedürfnis dieser Personengruppen Rechnung zu tragen. Niemand, der oder die für Frauen- und Menschenrechte protestiert, sollte sich bedroht fühlen. Das gilt in Bayern besonders, weil die Islamische Republik Iran mit einem Generalkonsulat in München vertreten ist. Die Information und Aufklärung über bestehende Möglichkeiten in Bayern, Schutz bei individuell empfundenen Bedrohungslagen zu bekommen, muss über die Social-Media-Kanäle aufgesetzt werden. Dabei darf nicht nur in deutscher Sprache informiert werden, sondern auch in Englisch und Farsi. Das gewährleistet, dass auch alle die Informationen bekommen, die sie benötigen.

Die mit diesem Antrag eingestellten Mittel sollen dazu dienen, Information und Aufklärung zur Verfügung zu stellen.